

Pensionen unter Druck: Österreicher müssen länger arbeiten und zahlen mehr!

Am 15. Mai 2025 kündigte Finanzminister Marterbauer eine umfassende Pensionsreform an, die Österreicher zum längeren Arbeiten motivieren soll.



Österreich - Am 15. Mai 2025 äußerte Finanzminister Markus Marterbauer in seiner Budgetrede für das Doppelbudget 2025 und 2026 bedeutende Änderungen im österreichischen Pensionssystem. Die geplanten Einsparungen belaufen sich auf mehrere Milliarden Euro, was weitreichende Konsequenzen für die Rentenbezieher haben wird. So sollen bereits ab November 2025 die Gebühren für die e-Card steigen, und Pensionisten müssen ab November 2026 eine zusätzliche Gebühr zahlen. Gleichzeitig wird die Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge von 5,1 % auf 6 % mehrere Hundert Euro jährlich von den betroffenen Personen kosten.

Diese Maßnahmen sind Teil einer umfassenden Pensionsreform, die dazu dienen soll, Österreicher zu ermutigen, länger im Erwerbsleben zu verbleiben.

Die Reform sieht unter anderem eine Neuregelung der Korridorpension vor, bei der das Antrittsalter von 62 auf 63 Jahre angehoben und die erforderlichen Beitragsmonate von 480 auf 504 erhöht werden. Zudem wird die Pensionsaliquotierung reaktiviert und ein neues Zuverdienstmodell eingeführt, um das Arbeiten im Alter attraktiver zu gestalten. Auch die Schwerarbeitsregelung soll ab 2026 auf Pflegeberufe ausgeweitet werden, was für viele Betroffene von großer Bedeutung ist.

Neue Angebote und Unterstützung für Pensionisten

Ein weiterer Bestandteil der Reform ist die Einführung einer Teilpension ab 2026. Diese ermöglicht es den Menschen, ihre Arbeitszeit zu reduzieren und gleichzeitig eine Pension zu beziehen. Dies wird durch eine Pauschalbesteuerung von 25 % und die Befreiung von Sozialversicherungsabgaben für Beschäftigte unterstützt. Für viele wird dies eine Erleichterung darstellen, da sie so flexibler im Alter arbeiten können.

Darüber hinaus werden Maßnahmen zur Überarbeitung der Schwerarbeitspension ergriffen, um den Dokumentationsaufwand zu reduzieren und Pflegeberufe besser zu integrieren. Für gesundheitlich eingeschränkte Personen sind ebenfalls Reformen in Planung. Diese betreffen insbesondere die Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspension sowie das Rehabilitationsgeld. Die Verantwortung des Arbeitsmarktservice (AMS) wird dabei ebenfalls gestärkt, um eine bessere Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt zu gewährleisten.

Langfristige Finanzierbarkeit des Pensionssystems

Eine zentrale Herausforderung stellt die langfristige Finanzierbarkeit des Pensionssystems dar. Geplant ist ein gesetzlicher Nachhaltigkeitsmechanismus, der sicherstellen soll, dass die Pensionszahlungen auch in Zukunft gewährleistet sind. Dieser Mechanismus könnte eine Erhöhung der erforderlichen Versicherungsjahre für die Korridorpension ab 1. Januar 2035 nach sich ziehen. Diese Veränderungen sind nicht nur notwendig, um das System stabil zu halten, sondern auch, um den zukünftigen Herausforderungen der älter werdenden Bevölkerung gerecht zu werden.

Zusätzlich wurden Informationen und Berichte zur Alterssicherung veröffentlicht, die detaillierte Einblicke in das Pensionssystem und die damit verbundenen Herausforderungen bieten. Diese Ressourcen, wie die Broschüre „Das Pensionssystem in Österreich 2025“, stellen wichtige Informationen zur Verfügung, um die Auswirkungen der Reformen besser nachvollziehen zu können. Eine verstärkte Analyse von Daten zu Pensionsanträgen und Versicherungskarrieren wird ebenfalls empfohlen, um die Effekte der bevorstehenden Reformen besser zu untersuchen und zu evaluieren. So beobachtet das Sozialministerium, dass Pensionsbezieher oft vor einer finanziellen Herausforderung stehen, die durch steigende Lebenshaltungskosten verstärkt wird.

Die geplanten Reformen sind sowohl eine Reaktion auf die aktuellen finanziellen Gegebenheiten als auch eine notwendige Anpassung an die demografischen Veränderungen in Österreich. Die kommenden Jahre werden zeigen, wie effektiv diese Maßnahmen umgesetzt werden und ob sie die gewünschten Effekte auf die Beschäftigung und das Pensionssystem haben.

Für weitere Informationen zu den Änderungen und deren Auswirkungen auf die Bevölkerung beachten Sie bitte die Berichte und Daten, die auf den Webseiten von 5min, der Arbeiterkammer Tirol und dem Sozialministerium zu finden sind. Diese bieten vertiefende Einblicke in die aktuelle Lage und die

künftigen Herausforderungen des Pensionssystems in Österreich.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Österreich
Quellen	• www.5min.at • tirol.arbeiterkammer.at • www.sozialministerium.gv.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at